

Winkler wirkt: SP-Chef bringt Bewegung in das Gesundheitssystem

LH-Stv.in Haberlander folgt SP-Winkler-Vorstoß: Zusätzliche Kassenarztstellen für die Bundesländer

150 zusätzliche Kassenarztstellen für Oberösterreich, eine Neuverhandlung des Regionalen Strukturplans Gesundheit und notfalls ein Volksbegehren zur Rückholung der oberösterreichischen Krankenkasse – mit diesen Forderungen hat Martin Winkler vor wenigen Tagen den Druck auf Gesundheitsreferentin Haberlander deutlich erhöht und das schwarz-blaue Minusgeschäft mit unserer Gesundheit offengelegt.

Bundesweite Diskussion bestätigt Winklers Linie

Nun findet der Winkler-Kurs Nachahmer: Beim gestrigen Treffen der Gesundheitsreferentinnen und -referenten aus den ÖVP-geführten Bundesländern gab es breite Unterstützung für die Forderung von zusätzlichen Kassenarztstellen. SP-Landesparteivorsitzender Martin Winkler sieht sich bestätigt: „Wenn nun auch aus der ÖVP die Forderung nach zusätzlichen Kassenstellen kommt, dann zeigt das: Die SPÖ-Linie wirkt und unser Einsatz hat sich gelohnt. OÖ braucht 150 zusätzliche Kassenstellen und wir lassen nicht locker.“

Winkler: Oberösterreich zahlt doppelt

„Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Krankenkassen weisen 2025 ein Defizit von 511,2 Millionen Euro aus, allein 454 Millionen Euro davon entfallen auf die kaputtgefusio-nierte ÖGK, für 2027 droht bereits das nächste massive Minus“, zeigt Winkler auf, „Oberösterreich hat im Zuge der Kassenzusammenlegung rund 500 Millionen Euro an Rücklagen verloren und zugleich die geringste Dichte an Kassenarztstellen im Bundesgebiet. Wir zahlen doppelt, mit Geld und mit Wartezeit.“

Für Winkler ist Gesundheitsreferentin LH-Stv.in Christine Haberlander gefordert, die Neuverhandlung des Regionalen Strukturplans Gesundheit aktiv voranzutreiben und eine faire Verteilung der Kassenarztstellen sicherzustellen.

Für Winkler ist klar: „Gesundheitsreferentin Christine Haberlander muss aus dem gesundheitspolitischen Winterschlaf aufwachen. Mit einem Minus von über einer halben Milliarde Euro ist die Zusammenlegung der Krankenkassen ein finanzielles Fass ohne Boden. Wenn die Verantwortlichen weiter abtauchen, binden wir die Versicherten ein. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern den Druck zu erhöhen, notfalls bis hin zu einem Volksbegehren, damit unsere Beiträge wieder dort ankommen, wo sie hingehören: bei den Menschen in Oberösterreich.“

Rückfragen: Sabrina Weiermair, 0676/427 3847, sabrina.weiermair@spoe.at